

## Merkblatt Förderprogramm „ProBeruf – Berufserprobung in überbetrieblichen und vergleichbaren Bildungsstätten“

**Stand: 30. April 2025**

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg (WM) unterstützt die Organisation und Durchführung von vertieften Berufsorientierungsmaßnahmen in überbetrieblichen oder vergleichbaren Bildungsstätten in Baden-Württemberg nach Maßgabe folgender Bestimmungen:

### 1. Ziel und Zweck der Förderung

Das Förderprogramm soll Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I allgemeinbildender Schulen dabei unterstützen, die für sie richtige Berufswahl zu treffen. Ausgenommen sind hierbei die Gymnasien, da es für diese ein gesondertes Förderprogramm gibt („ProBerufGym“).

Durch das Angebot einer frühzeitigen und praxisbezogenen Berufsorientierung in überbetrieblichen oder vergleichbaren Bildungsstätten, das an die Kompetenzanalyse von BOaktiv anschließt und in BOaktiv integriert wird, soll Jugendlichen in Baden-Württemberg der direkte Übergang von der Schule in eine betriebliche Berufsausbildung erleichtert werden. Außerdem soll Ausbildungsabbrüchen vorgebeugt und mehr Bewerberinnen und Bewerber für eine betriebliche Ausbildung gewonnen werden.

Überbetriebliche oder vergleichbare Bildungsstätten sind aufgrund ihrer wichtigen Rolle in der Berufsausbildung, ihrer Praxisnähe und Ausstattung sowie der Erfahrung und Kompetenz der Ausbilderinnen und Ausbilder bestens geeignet, Schülerinnen und Schülern den Weg in eine Berufsausbildung zu ebnen.

### 2. Rechtsgrundlage

Die Förderung wird im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe des Staatshaushaltsgesetzes und des Staatshaushaltsplans entsprechend der §§ 23 und 44 der Landeshaushaltsordnung in der jeweils geltenden Fassung gewährt.

### 3. Gegenstand der Förderung

Die Maßnahmen der Berufsorientierung müssen folgende konzeptionelle Elemente enthalten:

3.1. Die Maßnahmen sollen an die Kompetenzanalyse von BOaktiv anknüpfen und in BOaktiv integriert werden.

3.2. Die Praxis- und handlungsorientierte Erprobung am beruflichen Anwendungsfall in den überbetrieblichen oder vergleichbaren Bildungsstätten über einen Zeitraum von mindestens fünf bis maximal zehn Tagen, welche die aktuellen Entwicklungen und Veränderungen der Arbeitswelt (z.B. Digitalisierung, ökologische Transformation) berücksichtigt und die dafür relevanten Zukunftskompetenzen vermittelt. Insgesamt sind ca. 80 Stunden pro Schülerin bzw. Schüler zu investieren (bei zehntägiger Maßnahme), wobei die tägliche Anwesenheit von sieben Stunden (inkl. Pausen) nicht überschritten werden soll. Die verbleibende Zeit ist für die Vor- und Nachbereitung und ein 1:1 Reflexionsgespräch (30min je Schülerin bzw. Schüler) zu nutzen.

Es sind Berufsfelder aus mindestens drei der vier Berufshauptfelder anzubieten. Die Berufshauptfelder sind:

1. Soziales, Pflege, Gesundheit
2. Wirtschaft und Verwaltung, Verkehr und Logistik, Tourismus und Gastgewerbe
3. Gewerbe und Technik, Industrie, Naturwissenschaft
4. Handwerk

Bei einer fünf- oder sechstägigen Durchführung sind mindestens zwei von vier Berufsfeldern zu durchlaufen, ab siebentätiger Durchführung sind mindestens drei von fünf Berufsfeldern zu durchlaufen. Die weiterführenden Bestimmungen zu den Berufshauptfeldern und Berufsfeldern aus den aktuellen Qualitätsstandards des BMBF (siehe Ziffer 11) sind zu beachten.

Die Gruppengröße soll maximal 15 Jugendliche betragen. Zur besseren Verknüpfung von schulischem und berufspraktischem Lernen wird die Anwesenheit von Lehrkräften erwartet. Die praxisorientierten BO-Tage sind in einem engen zeitlichen Zusammenhang durchzuführen.

3.3. Enge Abstimmung und Rückkoppelung der Projektleiterinnen und Projektleiter mit der Schule, den Lehrkräften, Eltern, Betrieben, sowie eventuell anderen lokalen Akteuren. Die Lehrkräfte und Eltern sollen Informationen über die Ergebnisse der Maßnahmen erhalten.

3.4. Regelmäßige und fundierte Rückmeldung an jede Schülerin und jeden Schüler, in der ihr oder ihm die individuellen Stärken und konkrete Verhaltensweisen während und am Ende der Berufsorientierungsmaßnahme gespiegelt werden.

3.5. Dokumentation sowohl der Erfahrungen und Erkenntnisse, die eine Schülerin oder ein Schüler während der praxisorientierten BO-Tage sammelt, als auch die Beobachtungen der pädagogischen Fachkräfte. Das abschließende Ergebnisdokument / Zertifikat soll darauf aufbauend Aussagen zu den wichtigsten, gemeinsam identifizierten Kompetenzen der Schülerin oder des Schülers, zu ihren oder seinen berufsfeldbezogenen Interessen, sowie vereinbarten Entwicklungszielen sowie die daraus gezogenen Schlussfolgerungen der Schülerin oder des Schülers beinhalten. Das Zertifikat enthält außerdem die Nennung der praktisch erprobten Berufsfelder.

3.6. Benennung eines Projektleiters oder einer Projektleiterin für die Organisation und Koordination der Berufsorientierung und die individuelle Betreuung der Schülerinnen und Schüler in der Bildungsstätte.

3.7. Die Maßnahmen sind grundsätzlich getrennt von der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung durchzuführen.

3.8. Eine verbindliche Vor- und Nachbereitung der Berufsorientierungsmaßnahme durch die Schule sowie die Anwesenheit der Lehrkräfte während der Maßnahmen soll über eine Kooperationsvereinbarung mit der Schule sichergestellt werden.

Kooperationsvereinbarungen zwischen der Bildungsstätte und den teilnehmenden Schulen, die einen allgemein bildenden Abschluss anbieten, sind mit der Antragstellung vorzulegen bzw. nachzureichen. Falls Kooperationsvereinbarungen noch nicht vorgelegt werden können, sind Absichtserklärungen der Schulen vorzulegen.

Um ein vielfältiges Berufsspektrum anbieten zu können, wird den Antragstellern empfohlen, Kooperationen mit anderen Bildungsstätten, die eine entsprechende Erfahrung in der beruflichen Erstausbildung haben, einzugehen. Voraussetzung dafür ist, dass der Kooperationspartner dieselben Förderbedingungen, die für die Antragsteller gelten, erfüllt. Das bedeutet, der Kooperationspartner muss über ein Angebot der überbetrieblichen Lehrlingsunterweisung oder entsprechende Erfahrung in der beruflichen Erstausbildung bzw.

eine AZAV-Zertifizierung nach § 178 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III), d.h. eine Trägerzulassung (Trägerzulassung für Maßnahmen des Fachbereichs 3 „Maßnahmen der Berufswahl und Berufsausbildung nach dem Dritten Abschnitt des Dritten Kapitels des SGB III) verfügen. Falls Betriebe als Kooperationspartner gewählt werden, müssen die Fördervoraussetzungen erfüllenden Räumlichkeiten vorhanden sein. Der/die Kooperationspartner sind im Antrag aufzuführen.

Auf die Richtlinien für die Förderung der praxisorientierten Beruflichen Orientierung an außerschulischen Lernorten (Berufsorientierungsprogramm – BOP) des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) vom 12. Dezember 2022 mit Ergänzung vom 20.04.2024, die aktuellen Qualitätsstandards des BMBF zur Durchführung praxisorientierter Tage zur Beruflichen Orientierung (BO-Tage) im Rahmen des Berufsorientierungsprogramms sowie weitere Bestimmungen und Hinweise auf der Website des BMBF zum BOP (s. Ziffer 11) wird hiermit ausdrücklich verwiesen.

#### 4. Laufzeit

Die Laufzeit des Förderprogramms beginnt am 01. Januar eines Jahres und endet am 31. August des darauffolgenden Jahres.

Bei Bereitstellung entsprechender Haushaltsmittel des Landes Baden-Württemberg wird das Förderprogramm „ProBeruf“ jährlich fortgeführt.

#### 5. Antragsberechtigte

Antragsberechtigt sind juristische Personen des öffentlichen oder privaten Rechts sowie (teil-)rechtsfähige Personengesellschaften mit Sitz in Baden-Württemberg, die Träger von Bildungsstätten sind und Erfahrungen mit Jugendlichen der Altersklasse 12 bis 20 Jahren nachweisen können. Außerdem müssen sie eine überbetriebliche Lehrlingsunterweisung anbieten oder über eine entsprechende Erfahrung in der beruflichen Erstausbildung bzw. über eine AZAV-Zertifizierung nach § 178 des Dritten Buches Sozialgesetzbuch (SGB III), d.h. eine Trägerzulassung (Trägerzulassung für Maßnahmen des Fachbereichs 3 „Maßnahmen der Berufswahl und Berufsausbildung nach dem Dritten Abschnitt des Dritten Kapitels des SGB III) verfügen.

## 6. Fördermodalitäten, Zuwendung, Kostenermittlung

### 6.1. Fördermodalitäten:

Die Zuwendung wird entsprechend der im Landeshaushalt zur Verfügung gestellten Mittel gewährt.

Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung besteht nicht.

Die Antragsprüfung, Bewilligung und Prüfung des Verwendungsnachweises erfolgen durch das WM. Über den Erfolg eines Antrags entscheidet das WM bei Vorliegen der Zuwendungsvoraussetzungen nach pflichtgemäßem Ermessen im Rahmen der zur Verfügung gestellten Mittel.

Die Förderung ist begrenzt auf eine Maßnahme pro Schülerin und pro Schüler.

Die Förderung setzt eine regelmäßige Teilnahme voraus. Bei Fehlzeiten kann der Zuschuss nur erfolgen, wenn sichergestellt ist, dass die Maßnahmenziele für den Schüler und die Schülerin erreicht wurden sowie mindestens ein Teil der vorgesehenen Anwesenheitszeit wie folgt nachgewiesen werden: bei fünf bis sechs praxisorientierten BO-Tagen mind. drei Tage, bei sieben bis zehn praxisorientierten BO-Tagen mind. fünf Tage (Nachweis über Anwesenheitslisten). Eine Schule kann nur an Maßnahmen eines Trägers teilnehmen.

Eine rückwirkende Förderung bereits begonnener Maßnahmen ist ausgeschlossen.

### 6.2 Zuwendungsart und -höhe

Die Zuwendung wird als nicht rückzahlbarer Zuschuss im Wege der Projektförderung als Festbetragsfinanzierung gewährt.

Die Höhe der Zuwendung für Maßnahmen aus „ProBeruf“ beträgt

- 23 Euro je Schülerin/Schüler für Vor- und Nachbereitung
- 23 Euro je Schülerin/Schüler und je Tag für praxisorientierte BO-Tage

- 23 Euro je Schülerin/Schüler für ein individuelles 1:1 Reflexionsgespräch

Die Abrechnung der Maßnahmen erfolgt taggenau. Voraussetzung für eine Zuwendung ist, dass bei einer geplanten Durchführung von bis zu sechs praxisorientierten BO-Tagen mindestens drei dieser BO-Tage erfolgreich absolviert wurden. Bei einer tatsächlichen Teilnahme von weniger als drei Tagen ist keine Förderung möglich.

Bei einer geplanten Durchführung von sieben und mehr praxisorientierten BO-Tagen müssen mindestens fünf dieser BO-Tage erfolgreich absolviert worden sein. Bei einer tatsächlichen Teilnahme von weniger als fünf Tagen ist keine Förderung möglich.

Die Maßnahmen sind kostenfrei anzubieten. Eine Kostenbeteiligung von Schülerinnen/Schülern oder Dritten (Eltern/Schule) ist unzulässig.

### **6.3 Zuwendungsfähige Ausgaben**

Die Maßnahmen sind vom Antragsteller anhand eines Kosten- und Finanzierungsplans zu kalkulieren. Bei der Kalkulation sind alle zuwendungsfähigen Ausgaben und Einnahmen, die im Zusammenhang mit der Maßnahme stehen, zu berücksichtigen.

Zuwendungsfähig sind projektbezogene Personal-, Sach- und Reiseausgaben sowie ggfs. sonstige Fremdleistungen (z.B. Honorare), die im Zusammenhang mit der Maßnahme stehen. Das Verbot der Besserstellung von Projektpersonal gegenüber öffentlichen Bediensteten des Landes Baden-Württemberg ist hierbei zu beachten.

Nicht zuwendungsfähig sind gemäß der Landeshaushaltsordnung (VV Nr. 2.2 zu § 44 LHO) Versicherungen (soweit nicht gesetzlich vorgeschrieben), Investitionsausgaben sowie nicht kassenmäßige Aufwendungen (z.B. Abschreibungen, kalkulatorische Kosten, u.Ä.).

Die tatsächliche Gesamtfinanzierung der Maßnahme muss anhand eines Kosten- und Finanzierungsplans nachgewiesen werden, wenn das Vorhaben vom WM bewilligt wird. Zusätzliche Finanzierungen der Maßnahmen, z.B. über das Berufsorientierungsprogramm des Bundes oder Mittel der Bundesagentur für Arbeit (z.B. SGB III, § 48) sind erwünscht. Hierbei ist zu beachten, dass die Höhe der Zuschüsse die Gesamtkosten nicht überschreiten darf.

Überschüsse dürfen mit der Zuwendung nicht erzielt werden.

## 7. Sonstige Zuwendungsbestimmungen, Mitwirkungspflichten

Bestandteil des Zuwendungsbescheides sind die Allgemeinen Nebenbestimmungen für Zuwendungen zur Projektförderung (ANBest-P).

Nach Erhalt einer Bewilligung ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, in geeigneter Weise bei Ausschreibungen, Bekanntmachungen, Veröffentlichungen u.Ä. darauf hinzuweisen, dass die Berufsorientierungsmaßnahme mit Mitteln des WM finanziell gefördert werden.

Weiterhin ist der Zuwendungsempfänger verpflichtet, bei der Verarbeitung von personenbezogenen Daten sowie bei der Weitergabe dieser Daten die datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten.

Der Zuwendungsempfänger erklärt sich damit einverstanden, im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit für das Projekt (z.B. Pressemitteilungen, Social Media, WM-Website sowie Website gut-ausgebildet.de) von Seiten des WM namentlich und inhaltlich erwähnt zu werden. Dies ist auch mit Kooperationspartnern im Vorfeld sicherzustellen.

## 8. Auswahlverfahren

Die Auswahl der eingereichten Anträge erfolgt durch das WM nach vorher festgelegten Kriterien. Als Auswahlkriterien sind insbesondere die Qualität des Projekts, die regionale Abdeckung und die Vielfalt der Berufe sowie die finanzielle und personelle Leistungsfähigkeit des Antragstellers vorgesehen.

Das Projekt ist so zu beschreiben, dass es anhand dieser Kriterien beurteilt werden kann. Insbesondere ist dabei auf die unter Punkt 2 genannten Inhalte, die im Antrag berücksichtigt werden müssen, zu achten.

Die Förderung steht unter dem Vorbehalt der hierfür erforderlichen Mittel im Staatshaushaltsplan. Eine Kürzung der beantragten Teilnehmerzahlen kann nach Prüfung aller eingegangenen Anträge vorgenommen werden.

## 9. Antragstellung

Anträge für den Förderzeitraum 01. Januar 2026 bis 31. August 2027 sind bis einschließlich 16. Juni 2025 zu stellen.

Der Zeitraum der Durchführung (Schuljahr oder Kalenderjahr) ist bei der Antragsstellung anzugeben.

Die Anträge sind bis zu den jeweils genannten Terminen unter Verwendung des vorgesehenen Antragsformulars vollständig und unterschrieben beim WM einzureichen, vorzugsweise per E-Mail an [poststelle@wm.bwl.de](mailto:poststelle@wm.bwl.de), sofern eine digitale Wege-Verschlüsselung gewährleistet ist.<sup>1</sup>

Alternativ ist eine schriftliche Antragstellung möglich an:  
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus Baden-Württemberg  
Referat Berufliche Ausbildung  
Postfach 10 34 51  
70029 Stuttgart

Merkblatt und Antragsvordruck sind auf der Website des WM zu finden (s. Ziffer 11).

Der Antrag muss außerdem beinhalten:

1. Einen Kosten- und Finanzierungsplan. Alle zuwendungsfähigen Ausgaben, die mit der Projektdurchführung in Zusammenhang stehen, und deren Finanzierung sind in einer detaillierten Übersicht nach Jahren getrennt darzustellen.
2. Eine aussagefähige Beschreibung des Vorhabens, aus der insbesondere das Konzept des Projekts (Projektdarstellung) und die geplanten Maßnahmen ersichtlich sind.
3. Liste der teilnehmenden Schulen und der Kooperationspartner (falls vorhanden)

---

<sup>1</sup> Der Mailversand wird hier automatisch verschlüsselt, sofern beide beteiligten Mailsysteme (Absender und Empfänger) technisch die Wegeverschlüsselung (Transportprotokoll in der Version TLS 1.2 oder höher) nutzen. Dies ist zumindest beim Mail-System der Landesverwaltung als Empfänger so immer eingestellt.

4. Kooperationsvereinbarungen (oder mind. Absichtserklärungen) zwischen Bildungsstätte und den Schulen

Zur Fristwahrung genügt das Eingangsdatum der E-Mail bzw. das Datum des Poststempels.

Bei Bedarf und unter Vorbehalt der hierfür erforderlichen Mittel im Staatshaushaltsplan können auch unterjährig weitere Projektträger gefördert werden.

Eine rückwirkende Förderung bereits begonnener Maßnahmen ist ausgeschlossen.

## 10. Verwendungsnachweis

Der Verwendungsnachweis ist vom Zuwendungsempfänger unaufgefordert spätestens vier Monate nach Ablauf der Maßnahme vorzulegen. Der Verwendungsnachweis ist vorzugsweise per E-Mail zu senden an [poststelle@wm.bwl.de](mailto:poststelle@wm.bwl.de), sofern eine digitale Wege-Verschlüsselung gewährleistet ist.<sup>2</sup>

Für den Verwendungsnachweis sind die vom WM erstellte Formulare zu verwenden (s. Ziffer 11). Außerdem sind folgende Unterlagen mit dem Verwendungsnachweis einzureichen:

1. Sachbericht (im Bericht ist insbesondere auf das erzielte Ergebnis der Erreichung des Zuwendungszwecks und auf die Besonderheiten bei der Durchführung der Maßnahmen einzugehen),
2. Zahlenmäßiger Nachweis (Darstellung der durchgeführten Maßnahmen und der erhaltenen Mittel in tabellarischer Form), analog zum Kosten- und Finanzierungsplan im Antrag,
3. Tabellarische Übersicht zur Abrechnung der durchgeführten Maßnahmen,

---

<sup>2</sup> Der Mailversand wird hier automatisch verschlüsselt, sofern beide beteiligten Mailsysteme (Absender und Empfänger) technisch die Wegeverschlüsselung (Transportprotokoll in der Version TLS 1.2 oder höher) nutzen. Dies ist beim Mail-System der Landesverwaltung als Empfänger so immer eingestellt.

4. Benennung der Kooperationspartner für die praxisorientierten BO-Tage (falls vorhanden).

Außerdem ist pro Maßnahme eine Anwesenheitsliste zu führen, auf der die Schülerinnen und Schüler Ihre tägliche Anwesenheit durch Unterschrift nachweisen müssen. Für die Anerkennung der Vor- und Nachbereitung genügt eine Bestätigung der jeweiligen Schule, dass diese stattgefunden hat.

Die zu führenden Listen und Belege müssen nicht mit dem Verwendungsnachweis eingereicht werden, sind aber mindestens fünf Jahre nach Vorlage des Verwendungsnachweises aufzubewahren und dem WM sowie dem Rechnungshof auf Aufforderung vorzulegen. Hiervon unabhängig sind Aufbewahrungsfristen nach anderen Vorschriften. Das WM führt Stichproben hinsichtlich der ordnungsgemäßen Verwendung der Mittel bei den Zuwendungsempfängern durch. Die ausgewählten Zuwendungsempfänger werden hierüber informiert und aufgefordert, alle für die Prüfung erforderlichen Nachweise zur Verfügung zu stellen.

## 11. Informationen und Formulare

Die für die Antragstellung notwendigen Formulare finden Sie auf <https://wm.baden-wuerttemberg.de/de/service/foerderprogramme> (Stichwort: ProBeruf).

Beachten Sie bitte insbesondere die Richtlinien, Qualitätsstandards und FAQ zum Bundesprogramm BOP: <https://www.berufsorientierungsprogramm.de>

Kontakt für Rückfragen:

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Referat Berufliche Ausbildung

Schlossplatz 4 (Neues Schloss), 70173 Stuttgart

Tel.: 0711/123-2428 (Mo-Do)

[proberuf@wm.bwl.de](mailto:proberuf@wm.bwl.de)